ANNALES
UNIVERSITATIS MARIAE CURIE-SKŁODOWSKA
LUBLIN—POLONIA
VOL. XXVIII, 13 SECTIO H 1994

Zakład Funkcjonowania Gospodarki
Wydziału Ekonomicznego UMCS

Halina PIETRAS

Die Rolle der Preise im Prozeß der Wirtschaftsstabilisierung

Rola cen w procesie stabilizacji gospodarki

EINLEITUNG

Die Stabilisierung der Preise bildet in der Zeit der Systemverwandlung der ehemaligen sozialistischen Länder ein der Grundprobleme der Wirtschaftspolitik. Die Lösung der Inflationsfrage weist in der Marktwirtschaft quantitativ einen anderen Charakter als in der zentralgeleiteten Wirtschaft vom Anweisungstyp auf. Die Unterschiede betreffen vor allem die Methoden der Einwirkung auf die Inflation. Im Anweisungssystem überwiegen Instrumente der direkten Einwirkung. In der Marktwirtschaft werden dagegen die indirekten Mittel der Beeinflussung der Preispolitik genutzt. Das Auftreten dieser Differenzen hat ihren Anfang in der Verschiedenheit der Inflationsursachen. Bis zum Jahre 1990 bildete der mangelnde Warenangebot die Grundlage der Inflationsprozesse in der polnischen Wirtschaft. In den Bedingungen des Nachfrageüberhangs entsteht die Neigung zur Preissteigerung. Um den Preiserhöhungen entgegenzuwirken, hat man administrative Mittel angewendet, die sich in der direkten Preisgestaltung durch entsprechende Organe der Staatsverwaltung und in der Kontrolle der Preise, die durch Wirtschaftseinheiten festgesetzt wurden, äußerten.[1]

Die in die Preisgestaltung eingeführten Beschränkungen haben die Dynamik der Preissteigerung zwar gehemmt, gleichzeitig aber zur Störung des gegenseitigen Verhältnisses der Nachfrage und des Angebots und zur Gleichgewichtsstörung beigetragen. Die Produktionskosten vieler Waren überstiegen mehrmals die Preise. Die administrative Preiskontrolle

[1] M. Hajkiewicz: Administracyjne środki hamowania tempa wzrostu cen, „Studia Finansowe" 1988, nr 40, s. 125.

zwingte den Staat, die unrentable Produktion zu dotieren, was weiter zum Haushaltsdefizit führte. Die Erhöhung der Umsatzsteuerrate für die Waren, die Luxusbedürfnisse befriedigen, ermöglichte kurzfristig, daß das Budget ins Gleichgewicht gebracht wurde, in längerer Zeit aber führte zur weiteren Deformation der Preisverhältnisse. Die Nachfrage beschränkte sich auf die relativ billigen, vom Staat dotierten Güter. Der Nachfragerückgang der hoch besteuerten, teuren Güter verursachte weitere Mangelzustände auf dem Markt.

Die Einführung, seit 1982, im großen Maße der vom Unternehmen gesetzten Preise, bei der Erhaltung des großen Anteils der administrativ gesetzten Preise, hat den Mechanismus der Ausbreitung der Mangelsituation nicht geändert. Eine neue Erscheinung in dieser Situation war offene Inflation, die die Forderungen der Löhnesteigerung hervorbrachte. Die administrativen Beschränkungen in der Preisgestaltung haben zwar zur Hemmung der Dynamik der Preissteigerung beigetragen, doch die Inflationsquellen — d.h. Marktmängel — nicht beseitigt. Es führte zur Entstehung des Budgetdefizits, das infolge der Aufhebung der Zuschüsse und der Liberalisierung der Preise herabgesetzt werden konnte. In den 80er Jahren war die Geldpolitik ein die Inflationsentwicklung befördernder Faktor: Zinsraten niedriger als Inflationsrate gestalteten hohe Nachfrage nach Krediten bei schwacher Sparneigung.[2] Die Finanzierung des Budgetdefizits durch zusätzliche Geldemission verursachte starken Inflationsdruck und bildete zusätzliche Nachfrage des Budgetsektors. Inflationistische Tendenzen wies auch die Budgetpolitik im Bereich der Staateinnahmen auf: Steuererleichterung und Tilgung der Steuerrückstände haben im hohen Grade zur Entstehung des Budgetdefizits beigetragen. Steuererleichterungen und -tilgungen für die Wirtschaftseinheiten bedeuteten zusätzliche Einnahmen, die für Lohnerhöhungen bestimmt und zur Finanzierungsquelle der Nachfrage nach Produktionsmitteln wurden. Die labilen Budgetbeschränkungen für die wirtschaftlichen Einheiten, Beeinflussung des Steuerlastsatzes und freier Zugang zu den Bankkrediten verursachten, daß die von diesen Wirtschaftseinheiten geäußerte Nachfrage nach den Produktionsmitteln und Arbeitskräften uneingeschränkt war. Die oben angeführten Umstände haben die im Jahre 1990 eingeleiteten Prozesse der Wirtschaftsstabilisierung angespornt.

---

[2] M. Hajkiewicz: Kształtowanie cen w sferze produkcji w latach osiemdziesiątych, „Studia Finansowe" 1990, nr 45—46.

DIE PREISE IM PROZESS DER WIRTSCHAFTSSTABILISIERUNG IN POLEN

Die Anbahnung der Stabilisierungsprozesse in der Wirtschaft hatte zum Zweck, die Mängel auf dem Markt als grundsätzliche Inflationsquelle zu beseitigen. Man unternahm Handlungen in folgenden Richtungen: Preisliberalisierung, Ausgleichung des Staathaushalts, Einführung der restriktiven Geldmengenpolitik, Stabilisierung des Devisenkurses, innere Konvertierbarkeit der polnischen Währung (Zł), Kontrolle der Lohnerhöhungen u.v.a. Die Liberalisierung der Preisgestaltung erfolgte allmählich und ihre Beschleunigung war in der 2. Hälfte des Jahres 1989 zu bemerken.[3] Seit 1990 unterlag der Anwendungsbereich der amtlichen Preise einiger Korrekturen, es wurde der Gebrauch der maximalen Kennziffer des Preiswachstums aufgehoben, im geringen Ausmaß wurde die Pflicht, das Finanzamt über Absicht der Preiserhöhung zu informieren, erhalten. Der Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts sollte Reduzierung der Nachfrage des Budgetsektors dienen, zu dem durch die Budgeteinnahmen bestimmten Niveau. Man hat u.a. folgende Lösungen eingeführt, die den Budgeteinnahmenzuwachs fördern sollten: Erhöhung des Satzes der direkten und indirekten Steuer, Abschaffung der Einkommensteuererleichterungen, Erhöhung der Zoll- und anderen Gebühren, Einführung der rücksichtslosen Pflicht der Budgetabgaben.[4]

Die realisierte restriktive Geldmengenpolitik führte durch die Anwendung der real aktiven Zinssätze und Verschärfung der Kriterien der Bankkreditgewährung zum Rückgang der Nachfrage nach dem Geld und nach den Produktionsmitteln. Der Nachfragerückgang seitens der wirtschaflichen Einheiten ging auch aus der nachgebenden Konsumtionsnachfrage hervor, was wiederum ein Ergebnis der restriktiven Einkommenspolitik, progressiven Belastung der Löhne mit der Lohnsteigerungssteuer und der Verstärkung der Sparneigung infolge der Erlöschung der inflationistischen Erwartungen durch die real aktive Depositenverzinsung, war.[5] Sowohl die Senkung der realen Einkommen als auch die Kürzung des Geldzustroms zu dem Umlauf hat die zunehmende Beschränkung der Nachfrage bewirkt, die auch von Preissteigerung beeinflußt wurde.

Die Stabilisierung des Devisenkurses sollte der Senkung der Inflationsrate dienen; es hätte aber sowohl der Złoty-Entwertung bedürfen im Maßstab, der die Erhöhung der Anfertigungskosten decken könnte, die durch die restriktive Budget- und Geldmengenpolitik hervorgerufen

[3] D. Gotz-Kozierakiewicz: Polityka kursu walutowego a wzrost gospodarczy. Referat na konferencję naukową MF i JF, Warszawa 1992, s. 14.

[4] Hajkiewicz: Inflacja i transformacja, „Życie Gospodarcze" 1992, nr 15.

[5] A. Topiński: Inflacja a funkcjonowanie gospodarki polskiej, Warszawa 1989, s. 56—67.

wurde, als auch der Einführung der inneren Złoty- Konvertierbarkeit beim stabilisierten Devisenkurs.[6]

Ein hemmender Faktor für die Nachfrage nach der ausländischen Währung waren Zölle und Umsatzsteuer. Die dargestellten Realisationsmaßnahmen des Wirtschaftsstabilisierungsprozesses haben zur Anpassung der Nachfrage an die realen Angebotsmöglichkeiten der Wirtschaft geführt, dank dem geschafften Mechanismus, der die Gleichgewichtspreise kreierte. Stümische Steigerung der Preise in der Anfangsphase des Stabilisierungsprozesses hat nachgegeben. Die Preisentwicklung in den Jahren 1990—1992 wurde in der Tabelle 1 dargestellt.

Tab. 1. Preisentwicklung in den Jahren 1990—1992 (in %)
Kształtowanie się dynamiki cen w latach 1990—1992 (w %)

Preise von	Jahr	Jahresviertel				Jahresdurchschnitt
		I.	II.	III.	IV.	
Konsumtionsgüter und -leistungen	1990	35,9	5,2	3,3	5,5	11,0
	1991	7,9	3,4	1,6	3,2	4,9
	1992	3,7	3,1	3,1	2,5	3,1
Industrielle Produktion	1990	39,7	1,4	2,7	3,9	9,3
	1991	5,5	1,9	1,8	1,5	2,6
	1992	2,8	2,6	1,9	2,1	2,3
Bau- und Montageproduktion	1990	27,5	2,3	3,3	2,7	8,2
	1991	6,3	1,7	1,2	1,2	2,5
	1992	1,4	1,9	0,7	1,4	1,4

Quelle: Hauptamt für Statistik

Aus den oben angeführten Angaben geht hervor, daß die Preisentwicklung nachgibt. Restriktive Wirtschaftspolitik hat bedeutende Herabsetzung der Inflationsrate bewirkt, das für das Jahr 1991 geplante Niveau (1,0—1,5% pro Monat und 20% jahrlich) ist aber nicht erreicht worden.[7] Tabelle 2 stellt die Preiskennziffer in den Jahren 1990—1993 dar.

Die Angaben der Tabelle 2 zeigen, daß die Preiskennziffern in den folgenden Jahren nachlassen. Die vorgestellte Analyse läßt feststellen, daß die Inflationsrate noch ziemlich hoch ist und daß das Tempo ihrer Senkung nachgibt. In den letzten Jahren beobachtet man ansehnliche Preissteigerung; die Ursachen solchen Zustandes weisen aber keinen einheitlichen Charakter auf, als die vor dem Stabilisierungsprozeß in der Wirtschaft. Einige wurden noch von der zentralgeleiteten (Mangel-)

[6] Sammelband hrsg. von G. W. Kołodko: Polityka finansowa, stabilizacja, transformacja, Warszawa 1991, s. 47.

[7] Raport o stanie finansowym państwa, Warszawa 1991.

Tab. 2. Preiskennziffer in den Jahren 1990—1993 (in %)
Kształtowanie się wskaźników cen w latach 1990—1993 (w %)

Preise von	Jahr			
	1990	1991	1992	1993 *
Konsumtionsgüter und -leistungen	684,7	170,3	143,0	139,0
Industrielle Produktion	722,1	148,1	128,5	130,9
Bau- und Montageproduktion	650,5	150,3	117,4	132,5

* Prognose.
Quelle: Hauptamt für Statistik.

Wirtschaft geerbt, andere traten in der Zeit der Anbahnung der Marktreformen hervor. Die Preise unterliegen grundlegender Liberalisierung. Im Jahr 1990 wurden noch etwa 14% der (quantitativen) Preise durch den Staat bestimmt. Die administrativen Preise wurden u.a. betreffs Energieträgern, Transporttaxen, kommunalen und Wohnleistungen, Arzneimitteln, Rauchwaren und Alkohol erhalten. 10% der Preise unterliegen einer direkten Kontrolle, u.a. in Form der Pflicht, die Finanzämter über die geplanten Preiserhöhungen zu informieren. Besonders wichtig aus dem Standpunkt der Ökonomik, sozial aber sehr lästig, sind die Korrekturen der administrativ gestalteten Preise; Kohle-Einzelhandelpreis ist vom Tag zu Tag auf 7fache, Elektroenergiepreis — 4fach, Preise der flüssigen Kraftstoffe — 2fach gestiegen. Auf solche Weise hervorgerufene Preisbewegung bezeichnet man als Korrektionsinflation.[8]

Die Korrekturen der administrativen Preise beeinflussen weitgehend die Steigerung der Inflationsrate. Die Erhöhung der Versorgungspreise der Energieträger löst die Steigerung der Anfertigungskosten aus, letztendlich aber äußert sie sich in der Erhöhung der Freihandelpreise. Die Erhöhung der amtlichen Preise zieht u.a. höhere Transport- und Umschlagkosten nach sich und in der Tat verursacht den Druck auf die Löhnesteigerung, was wiederum indirekt den Aufstieg der Produktionskosten und Preise in der Staatswirtschaft bewirkt. Der Einfluß der Steigerung der amtlichen Preise auf die allgemeine Kennziffer der Preissteigerung spiegelt im großen Maße die Unterschiede in der Dynamik des Preiswachstums in verschiedenen Wirtschafszweigen wieder. Im größten Maße hat die Preiswachstumsrate im Bauwesen nachgegeben, wo die amtlichen Preise nicht angewendet wurden. In geringerem Grade setzte das Tempo

[8] G. W. Kołodko, D. Gotz-Koziarkiewicz, E. Strzeszewska-Pacek: Hiperinflacja i stabilizacja w gospodarce postsocjalistycznej, Warszawa 1991, s. 72.

der Preissteigerung in der Industrieproduktion herab. Im breitestem Umfang werden die amtlichen Preise in der Gestaltung der Preise im Berei der Konsumtionsgüter und -leistungen ausgentzt. Das Senkungstempo der allgemeinen Zuwachskennziffer dieser Preise ist am niedrigsten. Differenziert ist auch die Preisdynamik der verschiedenen Konsumtionsgüter. Im Jahre 1991 im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise der Konsumtionsgüter durchschnittlich um 70,3% gestiegen, die der Leistungen um 131,5% und die Preise der Lebensmittel um 46,1%. Im Jahre 1992 im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise folgendermaßen gestiegen: Konsumtionsgüter um 67,7%, Lebensmittel um 36,9%.[9]

Die Korrekturen der amtlichen Preise dienen der Beschränkung der Budgetzuschüsse. Einmaliges Aufheben der Zuschüsse könnte den abrupten Anstieg der Preise auslösen. Allmähliche Beschränkung der Zuschüsse und sukzessive Korrekturen der Preise erlauben einigermaßen flexible Anpassungen in der Gestaltung der freien Preise und bilden günstige Bedingungen zur Liberalisierung der anderen Preise. Die Steigerung der amtlichen Preise um mehrere hundert Prozent in der Anfangsphase des Stabilisierungsprozesses sollten der Erhöhung der Rentabilität der Produktion von Gütern und Leistungen dienen; es erwies sich aber, daß diese Handlungen infolge wesentlich höheren Anstiegs des allgemeinen Niveaus der Preise die erwarteten Erfolge leider nicht hervorgebracht haben. In dieser Situation werden allmähliche Korrekturen der amtlichen Preise bevorzugt. Man kann aber, mit großer Wahrscheinlichkeit, feststellen, daß die negativen Auswirkungen der einmaligen Preiserhöhung geringer werden könnten als die der allmählichen Korrekturen. Jede Steigerung der amtlichen Preise bildete einen Vorwand für die Erhöhung der freien Preise. Ein Beispiel dafür war die Steigerung der Preise, die von der Erhöhung der Umsatzsteuertaxen im Jahren 1992 hervorgerufen wurde. Im größten Maße sind Preise solcher Güter gestiegen, die die Steigerung der Umsatzsteuertaxe nicht anbelangte. Die allmähliche Steigerung der amtlichen Preise schafft Möglichkeit der unbegründeten Preissteigerung seitens der Wirtschaftseinheiten. Die Beschränkung der Steigerung der amtlichen Preise und deren Annäherung an die durchschnittliche allgemeine Preissteigerungskennziffer und kleiner Bereich ihrer Anwendung sollten günstige Bedingungen für die Senkung der Inflationsrate schaffen. Es wird die Ansicht vertreten, daß die Hauptursache der höheren als geplant Preissteigerung war der Übergang zur Devisenverrechnung in Handelsbeziehungen mit den Ländern des ehemaligen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Diese Meinung scheint aber ungerecht zu sein, weil sie Verallgemeinerung nur eines Abschnittes der

[9] Raport o stanie finansowym państwa, Warszawa 1992.

ganzen Wirtschaft bedeutet und anbelangt die Preise der aus der ehemaligen Sowjetunion eingeführten Güter, die im Jahre 1991 um 176,1% gestiegen sind. Bedeutender Senkung unterlagen besonders die Dimensionen dieser Einfuhr. Ihr Anteil an der Einfuhr allgemein betrug 15,2% und übte geringen nur Einfluß auf die allgemeine Kennziffer der Steigerung der Geschäftspreise in der Einfuhr aus.

Größere Inflationswirkung übt die Steigerung des Devisenkurses aus. Der feste Währungskurs aus dem Jahre 1990 und der 1. Hälfte des Jahres 1991 bildete einen der wichtigsten Faktoren, der die Preisstabilisierung begünstigte. In den Bediengungen der hohen Inflationsrate verursachte aber der feste Devisenkurs Verschlechterung der Rentabilität der Ausfuhr und Schwächung des Tempos ihrer Steigerung. In der 2. Hälfte des Jahres 1991 ist man von dem Prinzip des festen Devisenkurses abgegangen, der nur dann zum Antiinflationsfaktor wird, wenn er keine Rezessionstendenzen mit sich bringt. In den Bedingungen der beschränkten inneren Nachfrage könnte die Intensivierung der Ausfuhr zur Belebung der Wirtschaft führen. Die Steigerung der Ausfuhr trägt zur Vergrößerung der Produktion und Minderung der Arbeitslosigkeit bei; es steigert auch die innere Nachfrage.

Die seit 1991 geführte schleichende Złoty-Entwertung im Verhältnis zu den Änderungen des Währungskorbes der fünf Währungen auf dem internationalen Markt (45% US-Dollar, 35% Deutsche Mark, 5% französischer Franc und 5% Schweizer Franken) und des um etwa 2% monatlich wachsenden Wertes dieses Korbes bleibt nicht ohne Einfluß auf die Inflation. Im Dezember 1992 war der Wert des Devisenkorbes um etwa 40% höher als im Dezember 1991. Devisenkurssteigerung war höher als Preissteigerung und betrug 31,3% und niedriger als Dynamik der Konsumtionsgüter- und Konsumtionsleistungssteigerung (44,3%).[10] Der Mechanismus der Gestaltung des Devisenkurses erlaubt, die Währungsentwertungseinwirkung auf die Inflationsprozesse in gewissen Grenzen zu halten. In der längeren Zeit gewährt er aber die Rentabilität der Ausfuhr nicht und trägt zur Erhöhung der Kosten bei. Die Devaluation im Jahre 1991 verursachte Beschleunigung des Ausfuhranstiegs und Beschränkung der Einfuhr, die mit der Zollerhöhung zusammenhing. Sprungartige Złoty-Entwertung im Jahre 1992 bewirkte Erniedrigung der Ausfuhrzuwachsrate und Anstieg der Einfuhr, was wiederum zur Verschlechterung des Außenhandels führte. Die in den Bedingungen der Inflation Export fördernde Orientierung verbindet sich mit der Stützung und der vorläufigen Beschleunigung der Preissteigerungsrate infolge der notwendigen

[10] Raport o wybranych problemach gospodarki światowej, Warszawa 1993, nr 25, s. 17.

Anpassungssteigerung des Währungskurses. Anstieg der Ausfuhr, Senkung der Inflationsrate und Glaubwürdigkeit des Staates in der Rückzahlung der Verpflichtungen bedeuten Voraussetzung des ausländischen Kapitalzuflusses, der für die Durchführung der Systemtransformation unentbehrlich ist. Inflationistische Tendenzen weisen auch die Handlungen zugunsten der Minderung des Budgetdefizits auf. Im Jahre 1990 erfolgte die Herabsetzung des Budgeteinkommens langsamer als die Ausgaben.

Restriktive Finanzpolitik bringt den erwarteten Anstieg des Budgeteinkommens nicht, verschlechtert dagegen Finanzergebnisse der Unternehmen und gleichzeitig beschränkt die Möglichkeit ihrer Expansion. Hohe Steuer beeinflussen wirtschaftliche Aktivität und letztendlich rufen Senkung der Budgeteinkommen hervor. Die Senkung der Produktion bewirkt die Steigerung der Einzelkosten, die weiter an die Preise übergeht und ihre Steigerung hervorruft. Ein Faktor, der die Produktionsentwicklung beschränkt, ist hohe Verzinsung der Kredite. Bankkredite sind Grundquelle der Finanzierung des Budgetdefizits. Teure Kredite sind aber einer der wichtigsten Faktoren der Stützung der Kosteninflation. Die Erfahrung hat gezeigt, daß das Budgetdefizit nicht infolge der restriktiven Finanzpolitik reduziert werden kann. Die Minderung der Steuerbelastung muß nicht gleichzeitig Senkung des Budgeteinkommens bedeuten, sie kann aber ein Entwicklungsansporn für die Unternehmen bilden. In der längeren Zeit kann sie zur Steigerung der Budgeteinnahmen beitragen, die Wiederspiegelung der Lage der Unternehmen sind. Die Steigerung der Produktion sollte die Preissteigerungsrate hemmen. Die Herabsetzung der Geldnachfrage des Budgetbereichs trägt zur Senkung des Zinssatzes bei und bildet Voraussetzung zur weiteren Senkung der Preissteigerungsdynamik. Es ist aber von der Durchführung der Wirtschaftspolitik in die Richtung der Reduzierung der restriktiven Finanzpolitik bedingt, die die Hauptursache des Anstiegs des Budgetdefizits ist.

Eine der Schwierigkeiten in der Abschaffung der Inflation und sogar Gefährdung der Versuche der Produktionsbelebung ist schwache Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an die neuen wirtschaftlichen Ansprüche. Restriktive Steuerpolitik, teure Kredite, konkurrenzfähige Einfuhr und Nachfragebarriere verursachen, daß die Unternehmen sehr passiv der Koordienierung der Produktion mit den Absatzmöglichkeiten entgegen sehen. Sie steigern die Preise ihrer Erzeugnisse, was wiederum die Nachfrage begrenzt, weiter zur Herabsetzung der Produktion führt und schließlich die Notwendigkeit der weiteren Preissteigerungen verursacht. Es herrscht die Strategie der Maximierung des Gewinnes des Unternehmens vor, deren Folge steigende Preise und Senkung der Produktion sind. Die Rezession wird auch durch die Zahlungsstockung der Unternehmen vertieft, die sich der neuen wirtschaftlichen Lage anzupassen versuchen.

Restriktive Budget- und Geldmengenpolitik hat solche Verhaltenssituation auf dem Markt der staatlichen Unternehmen verursacht, infolge deren die Mehrheit von ihnen die Basis zur weiteren Entwicklung verloren hat.

Eine Voraussetzung der Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit der Unternehmen ist die Regelung ihrer Verschuldungen. Damit ist auch die Klärung der Probleme der Kommerzialisierung und Privatisierung der wirtschaftlichen Einheiten verbunden, die an der Reduzierung ihrer Verschuldungen interessiert sind. Es ist nicht zu erwarten, daß infolge dieser Handlungen die Einstellung der Unternehmen einer radikalen Änderung unterliegen wird. Die Mehrheit der kommerzialisierten Unternehmen kann ihre Ziele langfristig betrachten. Zur Zeit aber sind die sofortigen Ziele vorherrschend: Strebung nach der Erhaltung des Arbeitskräftebestandes und der Lohnerhöhungen — manchmal sogar mit der Gefährdung der Entwicklungs- und Existenzgrundsätze. Die positiven Anpassungsreaktionen sind je nach Fortschritt in den Eigentumsumgestaltungen zu erwarten. Die Länder, die die Antiinflationshandlungen eingeleitet haben, haben auch parallel die Privatisierungsprogramme eingeführt. In Bedingungen unseres Landes hat die Ausweitung des Privatsektors bisher keinen bedeutenden Einfluß auf die Steigerung der Budgeteinnahmen.

Das Auftreten der Inflationserwartungen verursacht, daß die an den wirtschaftlichen Prozessen Beteiligten die Maßnahmen unternehmen, die die Neutralisierung der Folgen der Inflation bezwecken. Darunter kann man unterscheiden: Ansprüche betreffs der Lohnerhöhungen, geringe Neigung zum Sparen und Investieren, Warenauskauf u.v.a. Infolge der Stabilisierungsprozesse ist es teilweise gelungen, die Inflationserwartungen der einzelnen Haushalte zu überwinden. Es wurde aber nicht der Druck abgeschafft, der die Lohnsteigerung verursacht. Die Erhöhung der Löhne erfolgt auf Kosten bedeutender Belastung der Gewinne der Unternehmen, was ihre Entwicklungskapazität schwächt. Die geringe Neigung zum Investieren, besonders zu den hoch anlageintensiven Handlungen, ist gleichzeitig Anzeichen der Inflationserwartungen.

Die Transformation der Wirtschaft erfordert, daß mehrere Maßnahmen unternommen werden, wie z.B. Liberalisierung der Preise, der Löhne, des Zinssatzes, des Devisenkurses u.v.a. Unbeendete Deregulation und Notwendigkeit ihrer Kontinuität sind große Inflationsgefährdung. Die Bildung der Infrastruktur der Marktwirtschaft, darunter ensprechende Systeme — z.B. Steuer-, Zoll- und Versicherungssystem, verursacht Preissteigerung. Die im Jahre 1991 eingeführte Besteuerung der persönlichen Einkünfte sollte rein theoretisch die Steigerung der Kosten und Preise keinesfalls beeinflußen. In der Praxis aber bedeutet es für die Unternehmen eine Steigerung der Belastung mit Sozialversicherungs-

beiträgen, die von den Brutto-Löhnen berechnet wurden. Die Einführung der Mehrwertsteuer trug dagegen zur Dynamikbeschleunigung der Preissteigerung bei. Das höhere Niveau der Inflation im Prozeß der Transformation der Wirtschaft verlangt die Einführung der Preiskontrolle, die aber, wenn sie als beständiger Element der Preispolitik angesehen wird, Ursache der Vernichtung der Ergebnisse der Systemtransformation sein kann.

PROBLEME DER PREISSTABILISIERUNG IN DEN EHEMALIGEN SOZIALISTISCHEN LÄNDERN

In den ehemaligen sozialistischen Ländern erfolgte infolge der Preisliberalisierung ein Übergang von der versteckten zur offenen Inflation. Die Beschleunigung der Steigerung der Preise in diesen Ländern hat ihren Ursprung in den administrativen Beschlüssen, was zum Auftreten der korrektiven Inflation beiträgt. In der wirtschaftlichen Praxis der ehemaligen sozialistischen Länder werden neben der Preisliberalisierung institutionelle Lösungen eingeführt, die den negativen Erscheinungen wie z.B. Preisüberhöhung, Produktionsbeschränkung, unbegründete Einkommensteigerung u.v.a. entgegenwirken sollte. Die in den einzelnen Ländern angewendeten Lösungen unterscheiden sich im Sach-, Subjekt- und Zeitbereich und umfassen u.a. folgende Handlungen: Bildung der günstigen Bedingungen zur Entstehung und zum Markteintritt der neuen wirtschaftlichen Subjekte, Liberalisierung der Einfuhr, Bestimmung oder Verhandlungen betreffs der Preis- und Lohnsteigerungsgrenzen, administrative Einteilung der monopolartigen Subjekte u.v.a. Die Wirksamkeit der eingeführten Lösungen hängt von dem Grad des Ungleichgewichts des Marktes. In den ehemaligen sozialistischen Ländern ist die Inflation im Vergleich zu den hoch entwickelten Ländern sehr stark. Die Angaben der Tabelle 3 bestätigen diese Tatsache.

Wie es aus den Angaben hervorgeht, verläuft die Inflationsbekämpfung in den verschiedenen ehemaligen sozialistischen Ländern unterschiedlich und resultiert aus der differenzierten ökonomischen Lage, dem ungleichen Fortschritt der Reformen und dem Auftreten der nationalen oder territorialen Auseinandersetzungen. Hohe ausländische Verschuldung von Polen und Ungarn bringt höhere Kostentragung in der Inflationsbekämpfung mit sich als in diesen Ländern, wo Verschuldungsrate niedriger ist — z.B. Tschecho-Slowakei. In ehemaligem Jugoslawien und der UdSSR hat man sich, trotz der schwierigen ökonomischen Lage und der hohen Preiswachstumsrate, nicht an die Inflation und Wirtschaftsstabilisierung konzentriert sondern an die national-territorialen Konflikte, die

Tab. 3. Preiskennziffer der Konsumtionsgüter und -leistungen in den Jahren 1990—1992
Kształtowanie się wskaźników cen dóbr i usług konsumpcyjnych w latach 1990—1992

Land	1990	1991	1992
Bulgarien	26,3	331,0	107,0 [a]
Tschecho-Slowakei	10,0	57,9	10,8
Polen	586,0	70,3	43,0
Rumänien	5,1	165,5	215,0 [a]
Ungarn	28,9	35,0	23,0
ehem. Jugoslawien	588,0	118,0	—
Kroatien	610,0	123,0	503,0 [a]
neues Jugoslawien	582,0	121,0	4344,0 [a]
ehem. UdSSR	4,7	86,0	15.18 razy
Rußland	5,0	90,4	1210 [b]

a — I.—III. Jahresviertel 1992, b — September 1992 im Vergleich zu Dezember 1991.

Quelle: Vierteljahresschrift der internationalen Statistik Nr. 1, GUS, Warszawa 1993, S. 19; Nr. 2, S. 25.

im Vordergrund standen. In der damaligen DDR wird der Charakter der angewendeten Lösungen durch die Vereinigung mit der westdeutschen Wirtschaft geprägt. Hoch zentralisiertes System der Preisbildung übte erheblichen Einfluß auf die Erhaltung der niedriger Inflationsrate aus. Nach der Vereinigung hat man Herabsetzung des Preisniveaus beobachtet, infolge der Verschiebung der Nachfrage nach den Waren, die in Westdeutschland produziert wurden. Die Preiserhöhungen in den Jahren 1991—1992, die durch Zuschußbeschränkung und Einführung der höheren Steuer verursacht wurden, waren im Vergleich zu anderen ehemaligen sozialistischen Ländern relativ niedrig und betrugen im Jahre 1991 — 21,3% und im Jahre 1992 — 12,9%.[11]

Die Inflationsbekämpfung im vereinigten Deutschland erfolgt mittels jener ökonomischen Mechanismen, die für die hochentwickelten Länder eigentümlich sind. Man kann feststellen, daß gute Erfolge im Bereich der Preisliberalisierung auch in der Tschecho-Slowakei erreicht wurden, etwas schlimmer sieht es in Ungarn und Polen aus, relativ geringe Ergebnisse erzielte man in Bulgarien und Rumänien. In ehemaliger Sowjetunion und ehemaligem Jugoslawien kann man wegen der riesigen Inflation überhaupt nicht von den positiven Ergebnissen im Bereich der Preisstabilisierung sprechen. Das Ziel der Stabilisierungsprojekte des Internationalen Währungsfonds ist Verbesserung der Zahlungsfähigkeit der Länder, die von diesem Programm eingeschlossen wurden.[12]

[11] Kwartalnik Statystyki Międzynarodowej GUS, Warszawa 1992, nr 3.
[12] Kwartalnik Statystyki Międzynarodowej GUS, Warszawa 1992, nr 1.

Zu diesem Zwecke konzentriert man die Aufmerksamkeit auf die Zahlungsbilanz und Beschränkung der inneren Nachfrage, weil es leichter zu erreichen ist, als Vergrößerung des Angebots, Anregung des Wirtschaftsaufschwungs, Modernisierung der Produktionsstrukturen u.v.a.

ERFAHRUNGEN DER WIRTSCHAFTLICH HOCHENTWICKELTEN LÄNDER IN DER EINFÜHRUNG DER STABILISIERUNGSPROZESSE

In den 60er Jahren wurde in den hochentwickelten Marktwirtschaften die These über den positiven Einfluß der gemäßigten Inflation auf die Funktionierung der Volkswirtschaft unterbreitet, darunter auf: Beschäftigungsniveau, Investitionen, Wirtschaftswachstum. Diese These wurde mit folgenden Voraussetzungen begründet: [13]

1. „Nachfragedruck", der die Produktionsmittelnachfrage, bessere Ausnutzung des Arbeitskräfte- und Produktionsmittelpotentials gestaltet.

2. „Löhnelücke", gestützt von der Voraussetzung, daß in der Zeit der gemäßigten Inflation Löhnesteigerung niedriger sein sollte als die Preiserhöhungsrate. Erhöhung des Gewinns und der Spareinlagen regt Wirtschaftlichkeit, Investition- und Produktionsanstieg.

3. „Realer Prozentsatz" — positive Einwirkung der realen Verzinsung der Investitionskredite und der langsamere Anstieg der nominalen Prozentsätze als der der Preise.

4. „Relation zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner", die voraussetzt, daß der reale, geldberechnete Wert der Verschuldung in den Bedingungen der Inflation herabsinkt. Es bedeutet die Redistribution der Einkünfte zugunsten der Schuldner. Zu den Schuldner zählen vor allem Unternehmen, deshalb entsteht die Möglichkeit der Ausnutzung der „zusätzlichen" Mittel für die Investitionen.

In den EG-Ländern existierte damals keine direkte Inflationsgefahr. Die Preise stiegen durchschnittlich um 3,9%, in Großbritannien verzeichnete man ähnliche Preissteigerungsrate, in Frankreich — 4,3%, in Deutschland 2,9%, in den USA — 2,7%, in Japan dagegen — 5,6%. In dieser Zeit beobachtet man den Anstieg der nominalen und realen Löhne. Der jährliche durchschnittliche Anstieg der nominalen Löhne in den EG-Ländern betrug 8,7%, der realen Löhne — 4,8%, in den USA — 5,2% und 2,4%, in Japan dagegen 13,5% und 7,5%. In den 70er Jahren beobachtet man in den hochentwickelten Wirtschaften erhebliche Preisniveausteigerung. Die großen Ausmaße annehmende Inflation samt den begleitenden Erscheinungen in der realen Sphäre hat die Revision der früheren Ansich-

---

[13] J. L. Bednarczyk: Polityka pieniężna przeciw inflacji. Studium gospodarki kapitalistycznej, Warszawa 1990, s. 16.

ten bewirkt. Man hat die negative Beeinflussung der Inflation auf die Wirtschaft wahrgenommen. Unterstrichen wurde vor allem der Einfluß der Preissteigerung auf die Inflationserwartungen, deren Auftreten und Verstärkung zu den Änderungen der realen ökonomischen Kategorien und einschließlich zu ihrem Rückgang beitragen könnte. Komplizierter Charakter der Inflationsursachen und das Auftreten der negativen wirtschaftlichen Erscheinungen riefen Diskussion über Methoden deren Bewältigung hervor.

In den 80er Jahren war hohe Inflationsrate, Arbeitslosigkeit und Rezession in den EG-Ländern Ursache der Stabilisierungsversuche. Gemeinsam für alle Länder war nicht nur das Problem der Herabsetzung der Inflationsrate sondern auch die Einleitung der Löhneregelung und Schaffung der Bedingungen für das Investieren und den Konkurrenzkampf. Das Bedürfnis der Verbesserung der äußeren Konkurrenzfähigkeit trat vor allem in den Ländern auf, wo hoher Defizit der Außenhandelsbilanz auftrat. In der Realisation der von den EG-Ländern vorgenommenen Stabilisierungsprozesse kann man einige gemeinsame Merkmale unterscheiden. Diese Länder haben direkt in die Prozedur der Löhnegestaltung eingegriffen zwecks der Begrenzung ihres Anstiegs, Großritannien ausgenommen, wo man indirekte Instrumente der makroökonomischen Politik und Handlungen angewendet hat, die die Rolle der Gewerkschaften schwächen sollten. Die Effektivität der vorgenommenen Handlungen hing im hohen Grade davon ab, daß die Verwaltungs-, Wirtschaftseinheiten und einzelne Haushalte darüber überzeugt wurden, daß die eingeleitete Wirtschaftspolitik konsequent realisiert wurde, z.B. Löhneregelung verlief schneller in jenen Ländern, wo hohe Glaubwürdigkeit der Antiinflationspolitik bestand. In diesen Ländern, wo die Ergebnisse solcher Politik als ungenügend betrachtet wurden, hat man die Möglichkeit der Einführung der institutionellen Änderungen erwogen, um die Glaubwürdigkeit der geführten wirtschaftlichen Politik zu stärken.

Wesentliche Rolle im Stabilisierungsprozess der Wirtschaft spielt die Politik der Währungskurse. Am Anfang der 80er Jahre haben Deutschland und die Niederlande ihrer Politik die Antiinflationsoption *hard currency* angeschlossen, andere Länder haben die Notwendigkeit der Löhneregelung samt der Option *once and for all* (Devaluation des Kurses und allmähliche Wertherabsetzung der Währung) angesehen. In der Mehrheit der Länder hat man stabile Währungskurse aufrechterhalten. In Deutschland und den Niederlanden hat die Löhneanpassung zur Verbesserung des Investierens und Stärkung der äußeren Konkurrenz trotz der Wertsteigerung der Währung beigetragen. In Großbritannien war anfänglich die Wertsteigerung der Währung stärker, die Löhne haben sich aber langsamer angepaßt. Für die Devaluation der Währung hat man

sich infolge der geführten Devisenkurspolitik entschieden. Frankreich und Italien haben die Währungsdevaluation parallel mit den entsprechenden Löhneregelungen geführt.[14] Die ersten Erfolge wurden aber durch hohe Inflantionsrate vermindert. Die Gestaltung der ökonomischen Größen im Zeitraum 1960—1980 und am Anfang der 90er Jahre wurde in Tabellen 4—9 dargestellt.

Wie es aus oben angeführten Angaben hervorgeht, haben die in den 80er und am Anfang der 90er Jahre in EG, USA und Japan eingeleiteten Stabilisierungsprozesse bedeutende Erfolge im Bereich der Inflationsbeschränkung dargebracht. Man beobachtet auch die Senkung der Einzelkosten in der realen Sphäre. Im Bereich der Arbeitslosigkeit liegen aber

Tab. 4. Festpreise, Arbeitslosigkeit, Industrieproduktion und Löhne in den EG-Ländern in den Jahren 1980—1993
Kształtowanie się wskaźników cen stałych, bezrobocia, produkcji przemysłowej i płac w krajach EWG w latach 1980—1993

Jahr	Festpreise	Arbeitslosigkeit	Produktion	Lohn pro Beschäftigter	
				nominal	real
1980	1,3	6,8	0,2	15,0	1,2
1981	0,2	7,7	−1,9	13,0	0,8
1982	0,9	9,0	−1,2	10,9	0,1
1983	1,6	9,9	0,9	9,7	1,1
1984	2,3	10,7	2,0	7,5	0,2
1985	2,5	10,8	3,3	7,0	1,0
1986	2,7	10,7	2,3	6,4	2,5
1987	2,9	10,3	2,1	5,6	2,0
1988	4,0	9,7	4,3	5,9	2,1
1989	3,3	8,9	3,8	6,1	1,1
1990	2,8	8,4	1,5	7,6	2,3
1991	1,3	8,6	0,3	7,0	1,9
1992	2,2	9,0	2,4	5,8	1,3
1993	2,5	9,2			1,3

Tab. 5. Indexe der Konsumtionsgüter und -leistungen in den Jahren 1961—1992 (in jeweiliger Landeswährung)
Kształtowanie się indeksów cen dóbr i usług konsumpcyjnych w latach 1961—1992 w walutach krajowych

Land	Jahr				
	1961—70	1971—80	1981—90	1991	1992
EG-Länder	3,9	10,8	6,6	5,0	4,5
Großbritannien	3,9	13,3	6,3	6,5	4,6
Deutschland	2,9	5,3	2,6	3,5	4,2
Spanien	5,9	15,1	9,2	5,8	5,6
USA	2,7	7,2	4,6	4,4	4,8
Japan	5,6	8,6	1,7	2,8	2,6

[14] K. Markowski: Rola państwa w gospodarce kapitalistycznej, Warszawa 1989, s. 21.

Tab. 6. Arbeitslosenrate in den Jahren 1961—1992
Kształtowanie się stopy bezrobocia w latach 1961—1992

Land	Jahr				
	1961—70	1971—80	1981—90	1991	1992
EG-Länder	2,3	4,1	9,6	8,6	9,1
Großbritannien	1,7	3,8	9,7	8,4	9,8
Deutschland	0,7	2,2	6,0	4,6	5,0
Spanien	2,7	5,4	18,5	15,8	15,5
USA	4,2	6,4	7,1	6,7	6,9
Japan	1,2	1,8	2,5	2,2	2,2

Tab. 7. Preiskennziffer in den Jahren 1961—1992 *
Kształtowanie się wskaźników cen w latach 1961—1992

Land	1961—70	1971—80	1981—90	1991	1992
	Jahr				
EG-Länder	4,8	3,0	2,3	1,3	2,2
Großbritannien	2,9	1,9	2,6	−1,8	2,0
Deutschland	4,5	2,7	2,1	3,3	2,2
Spanien	7,3	3,5	2,9	2,5	3,1
USA	3,8	2,7	2,9	−0,4	2,1
Japan	10,5	4,6	4,3	4,6	3,5

* Festpreise.

Tab. 8. Nominaler Reallohn pro GBeschäftigter in den Jahren 1961—1992
Kształtowanie się wskaźników nominalnego realnego wynagrodzenia na 1 zatrudnionego w latach 1961—1992

Land	Jahr				
	1961—70	1971—80	1981—90	1991	1992
EG-Länder	9,1	14,3	7,9	7,0	5,8
	5,1	3,1	1,3	1,9	1,3
Großbritannien	7,1	16,0	8,8	8,3	5.8
	3,0	2,4	2,4	1,7	1,1
Deutschland	8,6	8,1	3,4	6,2	5,8
	5,5	2,7	0,8	2,6	1,5
Spanien	14,1	20,4	9,8	7,8	7,0
	7,7	4,6	0,5	1,8	1,3
USA	5.2	8.1	5,2	4,7	4,7
	2,4	0,8	0,6	0,3	0,0
Japan	13,5	13,1	3,8	3,8	3,5
	7,5	4,2	2,0	1,0	0,9

die Egebnisse noch weit entfernt von dem erwarteten Niveau. Preis- und Löhneregelungen in den 80er Jahren haben positiv die Integrationsprozesse im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft beeinflußt. Um die Währungsunion in den EG-Ländern einzuführen, sind noch weitere Rege-

Tab. 9. Reale Einzelkosten der Arbeitskräfte in den Jahren 1960—1992
Kształtowanie się realnych jednostkowych kosztów siły roboczej w latach 1960—1992

Land	Jahr						
	1960	1970	1975	1985	1990	1991	1992
EG-Länder	97,2	97,0	103,9	95,6	92,8	93,3	92,7
Großbritannien	97,9	99,2	109,0	95,5	100,1	101,3	99,5
Deutschland	95,1	98,9	102,8	94,3	90,1	91,2	91,3
Spanien	91,4	96,6	100,8	90,6	84,3	83,6	83,1
USA	98,4	100,2	98,2	98,0	98,5	98,7	98,3
Japan	99,6	88,5	104,1	94,9	92,9	92,0	91,6

Quelle (für alle Tabellen): European Economy Annual Economic Raport 1991—1992, Nr. 50.

lungen unentbehrlich. Wie es die Angaben veranschaulichen, haben sich die Ergebnisse der Preis- und Löhnestabilisierung nach der 1. Hälfte 1988 verschlechtert. Die Inflation erreichte ihren Tiefpunkt im Jahre 1987, die nominalen Arbeitskrafteinzelkosten — die niedrigste Wachstumskennziffer im Jahre 1988 und betrug 3,4% im Vergleich zu 13,9% im Jahre 1980. Der durchschnittliche nominale Arbeitslohn pro Person begann seit 1988 zu wachsen und erreichte im Jahre 1990 — 7,6%. 1990 sind die Reallöhne um 1,1% gestiegen. Preissteigerungstempo sinkte von 4,8% auf 1,3%. Man beobachtet zugleich Verlangsamung des Anstiegs der Industrieproduktion und Anstieg der realen Einzelkosten. Man kann charakteristische Phasen in der Preisdynamik unterscheiden. Die Verschärfung der Währungs- und Umstrukturierungspolitik hat wesentlich zur Herabsetzung des Tempos der Preis- und Löhnesteigerung beigetragen. EG-Länder haben Nutzen aus der Besserung von *terms of trade* gezogen und wesentliche Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstumstempos erreicht. In den Jahren 1989—1990 hat man die Lohn-Preise-Spirale der Wertherabsetzung der Landeswährungen der EG-Mitglieder zugeschrieben, die ein Ergebnis der Steigerung der Ausfuhrpreise, der Lockerung der Währungspolitik, der Verminderung der Nachfrage und der wesentlichen Steueranregung war. Anfang der 90er Jahre erfolgte die Herabsetzung der Steigerung des Preisindexes auf 5,0%. Aus den Schätzungen geht hervor, daß in den nächsten Jahren in EG-Ländern weitere Herabsetzung des Preissteigerungstempos zu erwarten ist.

Im Jahre 1992 sinkte die Inflationskennziffer in den EG-Ländern auf 3,7%, in den USA — 2,9% und in Japan 0,9%. In den einzelnen Ländern sah die Inflation folgendermaßen aus: Dänemark — 1,5%, Frankreich — 2,0%, Irland — 2,3%, Belgien — 2,4%, Großbritannien — 2,6%, Luxem-

Aus der Tabelle geht hervor, daß der prognostizierte, durchschnittliche Zuwachs des Bruttosozialprodukts der EG-Länder für das Jahr 1993 — 0,8% beträgt. Die Arbeitslosenrate schätzt man auf 11,5%, In-

burg und Niederlande — 2,9%, Deutschland — 3,7%, Italien — 4,6%, Spanien — 5,4%, Portugal — 8,4%, Griechenland — 14,4%. Die Prognose der makroökonomischen Kennziffer in den EG-Ländern für das Jahr 1993 stellt Tabelle 10 dar.

Tab. 10. Prognose der makroökonomischen Kennziffer in den EG-Länderu für das Jahr 1993

Prognoza wskaźników makroekonomicznych w krajach EWG na 1993 rok

Land	Bruttoproduktionszuwachs	Arbeitslosigkeit	Inflation
EG-Länder (Durchschnitt)	0,75	11,0	4,5
Belgien	0,5	9,25	2,75
Dänemark	1,75	9,5	1,5
Deutschland	0	8,5	4,25
Griechenland	1,75	8,5	13,5
Spanien	1,0	19,5	5,5
Frankreich	1,0	10,75	2,75
Irland	2,25	19,25	2,25
Italien	0,75	10,5	5,75
Luxemburg	2,0	2,0	4,75
Niederlande	0,75	7,5	2,75
Portugal	1,25	5,5	6,75
Großbritannien	1,5	12,25	5,0

Quelle: „Rzeczpospolita", 4.02.1993, S. 1.

vestitionsaufwand im Jahre 1992 unterlag gewissen Minderung im Vergleich zum Vorjahr um 0,3% und man sieht ihre weitere Herabsetzung vor. Im Bereich der Beschäftigung kann man Verbesserung nach dem Stabilisieren des wirtschaftlichen Wachstums vorsehen. Die Verspätung der wirtschaftlichen Belebung geht aus der restriktiven Geldmengenpolitik und enthaltsamen Handlungen der Investoren, Unternehmer und Verbraucher hervor. Die Lockerung der Währungspolitik ist nicht möglich wegen des großen Inflationsdruckes in Deutschland. Die Erhaltung der hohen Verzinsung durch die Bundesbank zwecks der Vermeidung der Steigerung der Inflationsrate — ist als Grundbarriere in der wirtschraftlichen Belebung angesehen. Man schätzt, daß die durchschnittliche Kennziffer in den EG-Ländern im Jahre 1993 — 4,5%, 1994 — 3,5% betragen wird (4,6% — 1992). Die vorgestellten Angaben zeigen, daß das Niveau der Inflationserwartungen niedrig ist. Die Preissteigerung kann infolge der expansiven Finanzpolitik Deutschlands oder infolge der anderen äußeren Faktoren erfolgen. Die Herabsetzung des Wachstumstempos der Inflation bewirkt die Stabilisierung der Zinssätze der Kredite und der Aktien- und Obligationskurse. Es herrscht aber noch zu hoher Prozentsatz — deshalb handeln Unternehmen und einzelne Haushalte enthaltsam und die erwartene Konjunkturbelebung erfolgt nicht. In den Jahren 1990—1993 beobachtet man die Währungskursschwankung, die

mit Differenzen in der wirtschaftlichen Aktivität, Inflationsniveau und Änderungen des Prozentsatzes zusammenhängt. Die Beeinflussung der internationalen Tendenzen erfolgt seitens Schwankung des US-Dollar-Wertes gegenüber anderen Währungen vom Weltrang. 1990 hat man die Wertherabsetzung des US-Dollars beobachtet. Anfang 1991 erfolgte ein Zuwachs des Dollar-Wertes in der Relation zu den Hauptwährungen und in der 2. Hälfte des Jahres Herabsetzung dessen Wertes gegenüber der DM. Anfang 1992 wurde erneuert der Wachstum des US-Dollar-Wertes verzeichnet.

Eine negative Nebenerscheinung der durch die EG-Ländern geführten Antiinflationspolitik ist der Zuwachs der Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche jährliche Arbeitslosenrate betrug in den 70er Jahren — 2,3%, in 80er — 4,1%, 1990—1993 dagegen — 9,6%. In den hochentwickelten Industrieländern tritt eine retrograde Abhängigkeit zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit auf, bei der Voraussetzung einer gewissen zuerwartenden Inflationsrate (Philips-Kurve).

SCHLUSSWORT

Die durchgeführte Analyse läßt feststellen, daß sowohl der Charakter der Inflation in unserem Lande als auch der Mangel an hochentwickelter. Infrastruktur der Marktwirtschaft hat verursacht, daß es zur Zeit keine Möglichkeit der Beschränkung der Inflation zu dem Niveau gibt, das in der hochentwickelten Marktwirtschaft zu beobachten ist. Es gibt eine Chance, die Inflation herabzusetzen — durch die Änderung der Wirtschaftspolitik. Man soll das Tempo der Bildung der institutionellen Infrastruktur der Marktwirtschaft beschleunigen, u.a. durch Deregulation der Preise, Änderung des Finanzierungssystems im Budgetbereich, Stärkung des sich herausbildenden Finanzmarktes, Anregung und Stärkung des Unternehmertums u.v.a. Die obengenannten Handlungen könnten das Auslöschen der Inflationstendenzen beeinflußen, die durch die Systemtransformation hervorgerufen wurden. Das Bremsen der Preiswuchsdynamik ist durch Verbreitung der Strategie der Effektivanpassungen der Unternehmen an die Bedingungen des entstehenden Marktes möglich. Die Beschleunigung der strukturellen und Eigentumsänderungen scheint notwendig zu sein. Im Bereich der Unternehmen ist die Kreierung des wirklichen Eigentümers sehr wichtig, der die Entwicklung seiner eigenen Firma der Realisierung der Lohnforderungen vorziehen würde. Voraussetzung der Senkung der Inflationsrate ist die Beschleunigung des Tempos des wirtschaftlichen Wachstums, was in der Situation der beschränkten Nachfrage auf dem Landesmarkt durch die

Intensivierung der Ausfuhr erzielt werden könnte. Es wird die Meinung vertreten, daß die gegenwärtig geführte Wirtschaftspolitik keine Möglichkeiten der Erhaltung des Wachstumtempos von Bruttosozialprodukt bis 3% jährlich sichert und die Senkung der Inflationsrate um 1% monatlich im Laufe der fünf Jahre nicht garantiert. Man soll die Korrekturen in die bisherige ökonomische Politik in Polen einführen, z.B. Analyse der Anwendung des Prinzips der realen Wertsteigerung des Währungskurses. Die beschleunigte Złoty-Devaluation könnte zur Steigerung der Ausfuhr beitragen. Preiserhöhungen in solchen Bedingungen könnten durch die Herabsetzung des Prozentsatzes der Kredite gedämpft werden.

Die Finanz- und strukturelle Politik sollte die immer wieder wachsende Unternehmenverschuldung schwächen, die die Tätigkeit von vielen technisch leistungsstarken wirtschaftlichen Einheiten lähmt. Die positiven Einwirkungen in der Inflationsbeschränkung könnte auch weitere Reduktion der ausländischen Verschuldung haben und auch die Herunterhandlungen mit den EG-Ländern betreffs der Liberalisierung der Handelbeziehungen. Es scheint, daß die Inflationspolitik nach der Herausbildung der wirtschaftlichen Marktinfrastruktur in Polen sich den Standarden der hochentwickelten Marktwirtschaften annähern wird.

STRESZCZENIE

W opracowaniu przedstawiono problem roli cen w procesie stabilizacji gospodarki w kontekście uwarunkowań rzeczowych i finansowych gospodarki zmierzającej do rynku oraz możliwości wpływania na procesy inflacyjne przez politykę ekonomiczną państwa. Obecnie procesy inflacyjne są zjawiskiem złożonym, wieloczynnikowym, dlatego też podjęto analizę przyczyn inflacji, które w najbliższym czasie powinny być wyeliminowane oraz tych, które będą utrzymywać się w długim okresie.

W zachowaniach przedsiębiorstw, które w gospodarce rynkowej są cenotwórcami, uzewnętrznia się skuteczność polityki antyinflacyjnej. Restrykcyjna polityka podatkowa, drogie kredyty, konkurencja importu i bariera popytu powodują, że przedsiębiorstwa biernie dostosowują produkcję do możliwości sprzedaży. Podnoszą ceny dóbr, ograniczając popyt, co w konsekwencji prowadzi do zmniejszenia produkcji i konieczności stosowania podwyżek cen. Hamowanie dynamiki wzrostu cen możliwe jest poprzez upowszechnienie strategii efektywnościowych dostosowań przedsiębiorstw do warunków tworzonego rynku. W sektorze przedsiębiorstw wskazane jest wykreowanie rzeczywistego właściciela, który mógłby skutecznie przedkładać rozwój firmy ponad np. realizowanie żądań płacowych. Polityka fiskalna i struktura ta winna wspierać rozwiązanie problemu wciąż narastającego zadłużenia przedsiębiorstw, które paraliżuje działalność wielu sprawnych technicznie jednostek gospodarczych.

Zmniejszenie stopy inflacji możliwe jest przez przyspieszenie tempa wzrostu gospodarczego, co w sytuacji ograniczonego popytu na rynku krajowym może być osiągnięte dzięki intensyfikacji eksportu. Obecnie stosowana polityka gospodar-

cza nie stwarza możliwości utrzymania zakładanego tempa wzrostu produktu krajowego brutto w granicach 3% rocznie. Nie wpływa również na utrzymanie stopy inflacji w granicach 1—1,5% miesięcznie i 20% rocznie. Należałoby dokonać korekt w dotychczasowej polityce ekonomicznej kraju, np. przeanalizować możliwość stosowania zasady realnej aprecjacji kursu walutowego. Dewaluacja złotego mogłaby przyczynić się do wzrostu eksportu. Wzrost eksportu, obniżenie stopy inflacji i wiarygodność kraju w spłacie zobowiązań, stanowią warunek dopływu kapitału zagranicznego, niezbędnego do przeprowadzenia transformacji systemowej.

Brak rozwiniętej infrastruktury gospodarki rynkowej sprawia, że obecnie nie ma możliwości redukcji inflacji do poziomu obserwowanego w krajach rozwiniętych. Istnieje szansa obniżenia stopy inflacji w wyniku zmian wpływających na przyspieszanie zmian strukturalnych i własnościowych itp. Wymienione działania przez deregulację cen, stopniowe liberalizowanie płac, reformę systemu podatkowego, dokonanie zmian systemu finansowania w sferze budżetowej, wzmacnianie tworzących się rynków finansowych, pobudzenie i wspieranie przedsiębiorczości, przyspieszanie zmian strukturalnych i własnościowych itp. mogłyby przyczynić się do wygaszania tendencji inflacyjnych, wywoływanych transformacją systemową.

W opracowaniu przedstawiono doświadczenia w przeciwdziałaniu inflacji w rozwiniętych gospodarkach rynkowych, nie pod kątem aplikacji w praktyce polskiej, ale w celu określenia instytucjonalnych warunków skuteczności stosowanych rozwiązań. Praktyka gospodarcza krajów postsocjalistycznych analizowana jest w aspekcie tworzenia infrastruktury gospodarki rynkowej, niezbędnej do przeciwdziałania inflacji przy zastosowaniu pośrednich metod oddziaływania na politykę cen.

Wydaje się jednak, że w miarę wykształcenia się w naszym kraju infrastruktury gospodarki rynkowej polityka inflacyjna winna zbliżać się do standardów stosowanych w krajach gospodarczo rozwiniętych.